

Das System Papen, Stügen des falschlichen Bourgeoisie!

Was der Betrug ist ihnen diesmal nicht gelungen. Ueber die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie hinweg ist die BSW-Arbeiterschaft unter der Führung der KPD geschlossen in den Streik getreten.

Es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie nunmehr alle Kraft darauf konzentriert wird, diesen Streik abzumürgen; es muß damit gerechnet werden, daß im Verlaufe des Streiks auch die kommunistischen Mittel gegen die Streikenden eingesetzt werden. Das hat die BSW-Arbeiter nicht vom Kampfe zurückgehalten; das muß für die Arbeiterschaft des ganzen Reiches ein Signal sein, diesen großen Streik, dessen politische Bedeutung außerordentlich weit reicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen!

Die KPD-Arbeiter bei der BSW (eine zahlenmäßig schwache Gruppe) haben sich genau so wie die sozialdemokratischen Arbeiter in den Streikstreifen eingereiht. Die KPD-Arbeiter konnten nicht anders, als ihre Genehmigung zu diesem Streik zu geben, weil sonst die KPD an der BSW und überhaupt bei der Berliner Arbeiterschaft jeden Einfluß verloren hätte. Die KPD durfte nicht wagen, Streikbruch zu machen. Darum haben auch sie sich der kommunistischen Führung unterstellen müssen! Die Kommunisten haben die Einheitsfront für den Kampf gegen den Lohnabbau hergestellt!

Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter hat die allergrößte Bedeutung für die Arbeiterschaft des ganzen Reiches. Er gibt das Signal für alle Betriebe, welche ähnlich wie die BSW vom Lohnabbau bedroht sind. Er hat den Kampfesmut, das Kampfbewußtsein, die Streikbereitschaft der Millionenarbeiter, gegen welche die Bourgeoisie nach der Wahl zu einem verhassten

Streikflug in Radebeul

Der Streik der Maschinenformer bei der Firma Gebr. Radebeul, ist erfolgreich beendet. Die Arbeit wurde zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen!

Lohnraubstreik ausbilden wollte. Er ist ein Kampfzug für die rote Einheitsfrontaktion, der in allen Städten und Dörfern Deutschlands gehört werden wird!

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik zeigt den arbeitenden Massen ein: Nur unter kommunistischer Führung kann die deutsche Arbeiterschaft Lohn und Brot verteidigen, weitere Bereicherung und Entrechtung abwehren!

Die Parteipolitik der KPD, die sich schon in dem großen Streik der Hamburger Verkehrsarbeiter, die sich im Schichtstreik, in Torgau, in Döbeln, im Streik der Weichener und in zahlreichen anderen Fällen zeigte, wird durch die verbrecherische Haltung der sozialdemokratischen Führerschaft im BSW-Streik noch einmal allen Arbeitern vor Augen geführt. Welche Arbeiter kann diesen Streikführern, diesen Stügen Papen- und der jüdisch-berliner Bourgeoisie keine Stimme geben?

Nur die Kommunisten können die Arbeitermassen im Kampfe um Lohn und Brot führen! Deshalb wird auch die Arbeiterschaft am kommenden Sonntag bei der Wahl der kommunistischen Liste ihre Stimme geben, in dem klaren Bewußtsein:

Jede Stimme für die Liste 3 der Kommunisten heißt die rote Einheitsfront, hebt den Kampfgeist der Massen, verteidigt die Kampfkraft des Proletariats und bringt die große Bewegung der antiparlamentarischen Kämpfe vorwärts! Wer den streikenden BSW-Arbeitern und allen kämpfenden Belegschaften und Arbeitslosen helfen will, der wird auch am kommenden Sonntag die Liste der KPD wählen!

Den Hundstun frei für Liste 3!

Ungeheures Mißverhältnis im Papenstreik des Deutschlandlenders Der „Dresdener Anzeiger“ von heute früh meldet aus Berlin:

„Die Hundstunde des Reichspost-Zentralamtes geht ungenügend über den Tag. Die gestern abend von kommunistischer Seite auf dem Berliner und dem Deutschlandlender durchgeführt wurden. Bis gegen 19.30 Uhr auf dem Berliner Sender Schlußpläne und auf dem Deutschlandlender ein Vortrag gehalten wurden, hörte man plötzlich kommunistische Wahlen. Der Sprecher des Schwere senders erklärte u. a., das Volk müsse, wenn es nicht anders geht, mit der Waffe in der Hand auf die Straße gehen. Ferner wurden Beschlüsse der Internationalen über, die dann wieder in das Konzept übergingen.“

Und wenn sich die Papenregierung alle erdenkliche Mühe gibt, die Sender nur für zahllose Reden und für falsche Darstellungen zu reservieren, so kann es doch nicht verhindern, daß sich die Arbeiter gelegentlich einschalten und ihren Klagen gegen den Papenstreik einhimmeln, mit den Kommunisten in Kampfe.

Hungernde werden niedergeschlagen

Erwerbslosendemonstration in Berlin und Pölnisch-Oberschlesien

Weslin, 4. November. (Eig. Bericht.) Bei einer Arbeitlosen demonstration in der Badstraße wurden nach polizeilicher Aufforderung 14 Demonstranten verhaftet. In einer Arbeitlosen demonstration in den Pölnischen wurde der Arbeiter Hans Jendryschek verhaftet.

Die zunehmende Verelendung der polnischen Arbeiter- und Bauernmassen führt, insbesondere in Oberschlesien, aber auch in allen anderen Ländern Polens, zu zahlreichen Hungerunruhen und Streikaktionen. In dem Städtchen Wyluga dauern die Demonstrationen der Arbeitlosen, die die Ausschaltung der Unterhaltungen fordern, seit zwei Tagen ununterbrochen an.

In Pölnisch-Oberschlesien kämpften 800 Erwerbslose den Gutshof Panewa und hielten sich gewaltigem Kartoffeln von den Feldern. Die vom Gutshof herbeigerufenen Polizei konnte nicht verhindern, daß die Erwerbslosen etwa 250 Zentner Kartoffeln weghielten.

In Chicago zog trotz stürmenden Regens ein Hungermarsch von 50 000 Erwerbslosen im Demonstrationzug durch die Stadt, um die Einstellung aller Aussteuerungen von Erwerbslosen aus der magieren Unterbringung zu erzwingen, die die Stadt den Erwerbslosen zahlt. Trotz des Einflusses von über 1000 Polizisten konnte der Demonstrationzug seinen Marsch durchführen. Ein Heberfallung der Polizei, der mitten in das Gedränge der Demonstranten geriet und von den übrigen Polizeikräften abgeknippt war, wurde mit kommunistischen Wahlparolen in roten Buchstaben bemalt. Die Kundgebung zwang den Bürgermeister, die angekündigte dreiproszentige Senkung der Unterhaltungsgebühren zurückzugeben.

Machtvolle Thälmann-Kundgebung in Hamburg

Am gestrigen Abend führte die kommunistische Partei in Hamburg gewaltige Massenveranstaltungen für die Liste 3 durch. In ihnen der Genosse Ernst Thälmann sprach. Seine vor Beginn

Ein Schlag gegen das revolutionäre Proletariat

Der Burgfrieden soll wieder helfen

Verfassungs- und Demonstrationsverbot nach dem 6. November berordnet KPD verlangt sofortige Wiederaufhebung des Verfassungsverbotes

Berlin, den 4. November.

Der Reichspräsident hat gestern im Artikel 48 der Reichsverfassung den Burgfrieden für das gesamte Reichgebiet für die Zeit vom 6. bis zum 19. November verordnet, wonach zu dem freibleibenden Demonstrationsverbot auch das Verbot aller öffentlichen Versammlungen für diese Zeit ausgesprochen wird.

In Sachsen sind bekanntlich am 13. November die Kommunalwahlen statt und nach Ertrag dieser Verordnung sind auch alle für die Kommunalwahl in Aussicht genommenen Versammlungen in der letzten Woche verboten.

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages hat sich nach Bekanntwerden der Verordnung an das Innenministerium gewandt und interpelliert, daß die Regierung unbedingt bei der Reichsregierung die Aufhebung des Verbotes beantragen soll, da in dieser Zeit für Sachsen gerade die wichtigsten Versammlungen für die am 13. November stattfindenden Gemeindevahlen stattfinden.

Der Innenminister erklärte, daß die Regierung ebenfalls erst gestern morgen von dieser Verordnung erfahren und sofort dringend beim Reich um Ausnahme für Sachsen nachgehakt habe. Die Entscheidung liegt noch aus.

Der Zweck des Burgfriedens ist klar. Den Herrschenden brennt der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter auf den Nägeln. Mit Verfassungsverböten möchten sie die breiteste Massenmobilisation der Arbeiterschaft zu praktischer Solidarität mit den Streikenden verhindern. Es genügt ihnen nicht, gemeinsam mit den Gewerkschaftsbürokraten den Streikbruch zu organisieren, es genügt ihnen nicht, die bewaffnete Staatsmacht gegen die Kämpfer einzusetzen, sie müssen darüber hinaus die Aufrüstung des ganzen westlichen Deutschlands durch die KPD und die KPD nach Möglichkeit verhindern. Ein Mittel dazu ist das Verfassungsverbot des sozialdemokratischen Kandidaten.

Gegen die revolutionäre Propaganda der Kommunisten überhaupt richtet sich dieses Verfassungsverbot. Am Montag, dem 7. November, sind bekanntlich für das ganze Reich große Kundgebungen aus Anlaß der 15-Jahrestag der sozialistischen Sowjetunion in Aussicht genommen, Kundgebungen, in denen Millionen deutscher Arbeiter das Ergebnis 15jähriger Sowjetethik im sozialistischen Aufbau der 14jährigen Entwicklung der kapitalistischen „Demokratie“ in Deutschland entgegenstellen. Vor der klaren Komposition, die die Arbeiterschaft sehen wird, richtet sich die falsche Bourgeoisie. Deshalb Verfassungsverbot

und weitestgehende Behinderung revolutionärer Arbeiterarbeit!

Schließlich soll in Sachsen die Mobilisierung der Werktätigen für die Kommunalwahlen erschwert werden. Die Forderung der kommunistischen Landtagsfraktion auf sofortige Wiederaufhebung des Verfassungsverbotes muß in allen Kreisen, Stempelstellen und Organisationen Widerhall finden. Protestiert in allen Kundgebungen und Versammlungen der Sturm gegen den Burgfrieden, der der Bourgeoisie die weitestgehendste Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiter erleichtert soll.

Trotz aller Anstrengungen der Regierenden, trotz Verhinderung und Verfassungsverböten wird es der Bourgeoisie nicht gelingen, die kurzfristige Fortentwicklung der Unzufriedenheit der Massen aufzuhalten, wenn alle Antifaschisten auf ihrem Posten sind und jede Maßnahme des Klassenfeindes mit noch intensiverer Mobilisierung beantwortet. Am 6. November alle Massen der Werktätigen, alles mobilgemacht für die Liste 3! Am den 13. November Aufrüstung auch des letzten Werkstätten in Stadt und Dorf für die Kommunalwahlen der KPD! Gegen den Burgfrieden der Bourgeoisie macht mobil in den Fabriken, beim Belegschaften gemeinsam mit den Berliner Verkehrsarbeitern gegen den Lohnraub kämpfen!

Nach Redaktionschluss erfahren wir, daß das Reichsministerium angeordnet hat, daß der Burgfrieden in Sachsen keine Anwendung findet.

SPD-Fleischer ging Vaben voran

Nach dem Hindenburg gemeinsam mit der Papenregierung den Burgfrieden verhängt, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleischer in Leipzig die aller ersten Schritte bereits getan. Er hat die KPD, Unterbezirk Leipzig, mit dem Verbot aller Kundgebungen und Wahlversammlungen am 7. November verboten und, da anzunehmen sei, daß in diesen Versammlungen zu „unwürdiger Betätigung“ angefordert werde.

Ein Beweis mehr für die weitestgehende Unterdrückung der Papenregierung, die den sozialdemokratischen Arbeiter einseitig zeigt, daß die Führer der SPD im Lager der falschlichen Bourgeoisie stehen und in ihrem Dienste gegen das Proletariat keine Führer, die KPD, kämpfen!

Wie die SPD den Berliner Verkehrsarbeiterstreik verhindern wollte

Geschlossen sind am 3. November die 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter in den Streik getreten. Immer wieder, seit Jahren, in kurzen Zwischenräumen hat die Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft die Löhne abgebaut, bald in Form eines direkten Stundenlohnes, bald in Form der Arbeitszeiterhöhung und der Einlegung von Ferienstunden ohne Lohnausgleich. Vandalen haben die Verkehrsarbeiter mit ihren Familien, jetzt wollte die Direktion der BSW wieder einen neuen Lohnabbau durchsetzen. Aber es war genug. In unbeschreiblicher Erbitterung wandten sich die Verkehrsarbeiter gegen die immer schärfere systematische Ausbeutung. Schon längst waren sie erfüllt von Misstrauen gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die immer wieder der Direktion bei der Durchführung des Lohnabbaus geholfen haben. Die Massen wandten sich in der Not immer mehr der KPD zu, die bewiesen hat, daß sie eine treue Führerin der Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen ist.

Auch diesmal waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer am vordereinstimmen, mit allen Kräften mitzuhelfen, um auch den neuen Lohnabbau wieder durchzuführen. Sie wollten zunächst durch rotschwarze Methoden wieder etwas Vertrauen zurückgewinnen, am dann dieses Vertrauen zu benutzen, um im

entscheidenden Moment die Bewegung abzuwürgen. Aber nach dem sie erst immer wieder versichert hatten, daß sie einen Lohnabbau nicht zulassen würden,

schlossen sie plötzlich mit der Direktion der BSW eine neue Vereinbarung ab, daß die Löhne aller Arbeiter, mit Ausnahme der Fahrplan-Veranstaltungen, die schon bisher unannehmlich niedrigere Löhne hatten, um 2 Pfennig pro Stunde abgebaut werden sollen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten nach dem Erlaß dieses Abkommens einen Erfolg zu bezeichnen. Sie glaubten sogar die zum Kampf Organisierten BSW-Arbeiter zu verbannen zu können. In der Verammlung der Gesamtarbeiterkammer am 28. Oktober erklärte der Gewerkschaftsführer Schumacher dem Reichs „Vorwärts“:

„Daß die Organisationsleitung den Anlaß habe, die Arbeiter zu erziehen, über diese Verhandlungen wurde die gekannte Freizügigkeit eine Arbeitsmassen durchzuführen. Ich mußte den sogenannten revolutionären Unzufriedenheiten entgegen getreten werden, in ihren proletarischen Kampfe zu stehen. Nachhiner der KPD sollen betonen.“

In Wirklichkeit wurde die Abstimmung unter dem Druck der Arbeiter, unter dem Druck der KPD vorgenommen. Die Resolutionen des Gewerkschaftsführers Schumacher sind nur die bittere Wahrheit der Arbeiter. Aber trotzdem glaube der „Vorwärts“, am 2. November, dem Tag der Abstimmung, schreiben zu können, daß die Abstimmung

„von den Funktionären vor allem deshalb beabsichtigt wurde, um die Verantwortung den Elementen zu überwälzen. Über jeden Erfolg der Gewerkschaften betrat die heutige Abstimmung nicht als ein Beweis dafür, daß die Arbeiter nicht die Streikführer innerhalb der BSW sind.“

Das war am Morgen des 2. November. Aber schon in der Abendausgabe vom 2. November muß der „Vorwärts“ seine Täne ändern, denn die SPD-Führer hatten inzwischen gelehrt, in welcher Erbitterung die BSW-Arbeiter mit dem schmerzlichen Schicksal der „Vorwärts“:

„Ein Streik bei der BSW aus anderen als gewerkschaftlichen, aus politischen Gründen ist ein Schandbild der Arbeiter mit der arbeitenden Bevölkerung. Das ist der Personal darf sich bei seiner heutigen Abstimmung nicht als kommunistische Streikführer nicht unter Druck stellen.“

Nachdem die Verhöhnung des Kampfwillens der Arbeiter nichts genutzt hatte, wollten die SPD-Führer noch durch die Verhöhnung und Drohungen den Streik verhindern. Das es nützte alles nichts. Die Abstimmung ergab ein überaus großes Mehrheits für den Streik.

Jetzt forderten die SPD-Führer, die schon am Abend zuvor in der Verammlung der Gesamtarbeiterkammer die Streikführer parole abgeben hatten, auch im „Vorwärts“ vom 3. November offen zum Streikbruch auf.

Es ist das gewaltigste in diesem Kampf, daß die Arbeiter diesen Streikbruch nicht der SPD-Führer geschlossen in den Streik traten. Aber in ganz Deutschland muß allen Arbeitern bekannt werden,

daß die SPD-Führer auch gegen die 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter den Streikbruch organisieren, wie sie den Drohungen gegen die Hamburger Verkehrsarbeiter, gegen die Torgauer keramischen Arbeiter, gegen die Arbeiter der Bayerischen Maschinenwerke in München, gegen die Hengersdorfer und Glemmiger Arbeiter usw. geführt haben.

Die ganze Arbeiterschaft muß wissen, daß nur die KPD den Arbeitern in den Wirtschaftskämpfen eine treue Führerin ist. Die SPD-Führer sind die Kommunistische Partei die Lampen der Arbeiter unterhält. Darum laßt sich auch alle um die kommunistische Partei und befristigt auch am 6. November euren Wahlen, in Einheitsfront gegen das Kapital zu kämpfen, indem ihr

KPD-Abgeordneter verhaftet

Weslin, 3. November 1932.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Rabaldena wurde hier von der Polizei auf einer Reise nach Moskau aus dem Zug herausgeholt und ihm sein Paß abgenommen. Die Polizei verweigert über den Grund der Maßnahme bisher die Auskunft. Der Vorgang hat offenbar in Zusammenhang mit der planmäßigen Sperrung der Grenze nach der UdSSR durch das Innenministerium.

Kommunisten fordern Einberufung des Aufsichtsrates

des Berliner Verkehrs-Gesellschaft

Die KPD-Fraktion im Berliner Stadtparlament und die kommunistischen Mitglieder des Aufsichtsrates der BSW haben die sofortige Einberufung des Aufsichtsrates und Zustimmung über den KPD-Antrag, seinen Pfennig Lohnabbau vorzunehmen, gefordert.